

Cina manövriert die SRG in eine schwache Position

Der Präsident der Radio- und Fernsehgesellschaft wollte die Kritiker besänftigen, nun sind sie mit einer neuen Initiative zurück

DAVID BINER

Jean-Michel Cina wollte eigentlich Bundesrat werden. Aber die CVP verlor unter ihm als Fraktionschef im Bundeshaus den zweiten Sitz in der Regierung. Und an Doris Leuthard wäre auch er nicht vorbeigekommen. Also wurde er Regierungsrat im Wallis. Das war vor bald 20 Jahren. Geblieben ist sein Ehrgeiz. Und auch sein Ego.

Als Politiker scheute sich Cina nie, die heissen Eisen anzupacken. Etwa das revidierte Raumplanungsgesetz im Wallis, einem Kanton der Bodeneigentümer. Diese verloren viel Bauland. Cina aber zeigte sich zufrieden, wie er die Umsetzung des Bundesgesetzes aufgegleist hatte. Egal, wie verzwickelt die Lage war. Cina sah sich immer als Teil der Lösung.

Ein anstrengendes Jahr

Als SRG-Präsident gehe es ihm nun darum, «den Medienplatz Schweiz zu stärken», sagte er im vergangenen November in einem Interview mit CH-Media. #MeToo beim Westschweizer Radio und Fernsehen, namhafte Abgänge, technische Pannen, Corona – die SRG hat ein anstrengendes Jahr hinter sich. Einmal mehr unter Cina.

Der branchenfremde Walliser übernahm 2017 das SRG-Präsidium, an einem 1. Mai, dem Tag der Arbeit. Der wichtigste Tag in Cinas Amtszeit bisher war der 4. März 2018, ein Abstimmungssonntag. Sagenhafte 71,6 Prozent der Stimmbürger lehnten die No-Billag-Initiative und somit die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren ab. Im Sport würde man von einem Kantonsieg sprechen.

Am gleichen Tag, an dem die finanzielle Basis des grössten Medienhauses der Schweiz von den Gebührenzahlern gefestigt wurde, sprach die SRG-Spitze um Cina und Generaldirektor Gilles Marchand von einer «historischen Wende in der Unternehmensgeschichte». Das Duo kündigte an, 100 Millionen Franken einzusparen und Arbeitsplätze abzubauen. Kniefall statt Siegerfaust – die grösste strategische Fehleinschätzung des langjährigen Berufspolitikers?

Es gehört zu den Gepflogenheiten der direkten Demokratie, dass die Abstimmungssieger die Unterlegenen nicht heruntermachen. Aber die



Jean-Michel Cina träumte vom Einzug in den Bundesrat – und wurde SRG-Präsident.

PETER SCHNEIDER / KEYSTONE

Selbstdemütigung in dieser Form war neu. Statt sich auf dem Plebiszit auszuruhen, wollte Cina die SRG-Kritiker noch am Abstimmungssonntag «mitnehmen». Diese blieben aber einfach stehen. Jetzt kommen sie mit ihrer alten Forderung zurück.

Ein rechtsbürgerliches Komitee will die Fernseh- und Radiogegebühren auf 200 Franken pro Haushalt herabsetzen. Die sogenannte «Halbierungsinitiative» geistert seit mehreren Jahren herum. Nun stehen die Initianten um SVP-Nationalrat Thomas Matter und Hans-Ulrich Bigler, den Direktor des Gewerbeverbands, in den Startlöchern.

Das Momentum für die SRG-Kritiker ist günstiger, als es die SRG-Spitze um Cina wahrhaben will. Mit einem Nein – aber auch mit einem knappen Ja – zum Mediengesetz am kommenden Sonntag werden die Karten in der Medienpolitik neu gemischt; zumindest

entsteht Spielraum für neue Interpretationen: Wäre ein Nein auch ein Misstrauensvotum der Bevölkerung gegen die vierte Gewalt? Und wenn ja: Was würde das für die SRG bedeuten, um die es in der Vorlage gar nicht geht?

Sicher ist: Ein Nein wäre ein weiterer Dämpfer für die Medienministerin Simonetta Sommaruga. Die SP-Bundesrätin hat bereits die Abstimmungen über das Jagdgesetz sowie die CO₂-Vorlage verloren. Zudem ist sie dabei, ihren Bundesrats- und Parteikollegen Alain Berset als Feindbild der Rechtsbürgerlichen abzulösen. Nach der Pandemie ist vor einer drohenden Stromkrise.

Eine angezählte Medienministerin und ein kriselndes Medienhaus, dazu eine «Halbierungsinitiative», die nur halb so radikal ist – im Vergleich zur No-Billag-Kampagne haben sich die wichtigsten Parameter verändert. Die SRG ist bemüht, den Ball flach zu halten. Cina ist

mit Sitzungen absorbiert, lässt ausrichten, dass die SRG im Fall einer «No-Billag 2» bereit sei, «ihren Dienst an der Gesellschaft erneut unter Beweis zu stellen». Man werde den medialen Service public in der Schweiz weiterhin «mit ganzer Kraft» verteidigen.

Politischer Rückhalt schwindet

Was Jean-Michel Cina nie zugeben würde: Die Kraft der SRG schwindet. Das hat nicht nur mit der politischen Grosswetterlage oder mit der Fragmentierung des Publikums zu tun. Die meisten Probleme sind hausgemacht. Etwa immer wieder aufflammende Kontroversen rund um das Lohnsystem. Im ersten Corona-Jahr liess sich die Geschäftsleitung Boni auszahlen, obwohl die SRG Kurzarbeit anmelden musste. Das «Learning» nach der Kritik: Laut CH-Media wird die variable Lohnkom-

ponente künftig in den Fixlohn der Kader integriert.

Die SRG erhöhe keine Kaderlöhne, reagiert Sprecher Edi Estermann auf die neusten Berichte. Es handle sich lediglich um «einen Systemwechsel, der keine Auswirkungen auf die Gesamtlohnsomme haben wird». Die Verwirrung ist perfekt. Wenn der Bonus plötzlich fix wird, die Lohnsumme aber gleich bleibt, muss man dann für die Jahre zuvor von Sondervergütungen ohne Leistungsprinzip ausgehen? Und: Wäre es in Krisenzeiten nicht klüger gewesen, die Lohnskala der Geschäftsleitung nach unten zu schrauben, zumindest vorübergehend?

SRG-Kritiker wundern sich über das fehlende Gespür im Verwaltungsrat. Einer von ihnen ist Gerhard Pfister. «Ausdünnung der journalistischen Qualität, Ausdehnung der Chefetage und von deren Salären», twitterte er in

«Ausdünnung der journalistischen Qualität, Ausdehnung der Chefetage und von deren Salären», twitterte der Mitte-Präsident.

gewohnter Streitlust. Dass der Zuger Nationalrat seine langjährigen Vorbehalte gegenüber der SRG auch in seiner Rolle als Mitte-Präsident nicht versteckt, macht deutlich: Der Rückhalt in der Politik schwindet.

Die SRG und die frühere CVP standen jahrelang in einer Wechselbeziehung. Jean-Michel Cina ist vielleicht der letzte Verwaltungsratspräsident, der dieser Logik entstammt – die Dinge aber anders machen will. Am angekündigten Umzug des Radiostudios von Bern nach Zürich hielt Cina trotz massiver Kritik fest. An der Generalversammlung der SRG Bern Freiburg Wallis wurde er von den eigenen Leuten daraufhin ausgepöfeln. Vielleicht habe Cina dieses Amt unterschätzt, sagt ein langjähriger Begleiter über den Politiker, der nicht Bundesrat wurde. Und jetzt gleichwohl an der Spitze einer der meistkritisierten Institutionen des Landes steht.

Der Staat soll nicht so erfolgreiche Akademiker zur Kasse bitten

Luzerner Gewerbebandsdirektor schlägt einen revolutionären Ansatz zur Bekämpfung des Fachkräftemangels vor

ERICH ASCHWANDEN

Gaudenz Zemp ist sich bewusst, dass er ein heisses Eisen anfasst. Denn was der Direktor des Luzerner Gewerbebands vorschlägt, ist eine Revolution der Finanzierung des Hochschulstudiums. Sein Vorschlag: Der Staat soll nachgelagerte Studiengebühren erheben. All jene sollen die vom Staat finanzierten Studienkosten zurückzahlen müssen, die nicht durch ihr hohes Erwerbseinkommen und die dadurch generierten Steuern ihre Ausbildungskosten ohnehin amortisieren. Der Ball liegt bei der Luzerner Regierung, nachdem FDP-Kantonsrat Zemp vor kurzem eine entsprechende Anfrage eingereicht hat.

Wider Teilzeitpensen

Die Reformidee stammt nicht von ihm selbst, sondern wurde von den Bildungsökonominnen Stefan Wolter und Conny Wunsch im Dezember 2020 in einem Gastbeitrag für die NZZ präsentiert. «Als ich den Artikel las, war mir sofort klar, dass dies ein vielversprechender Ansatz ist, um langfristig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken», sagt Zemp. «Der Bund und die Kantone müssen dies unbedingt vertieft prüfen.»

Wolter und Wunsch stellen in ihrem Artikel fest, dass es in der Schweiz bis-

her eine Art Grundkonsens gibt. Dieser besteht in der gesellschaftlichen Erwartung, dass jene, die von einer höheren Bildung profitieren, die Kosten später über höhere Steuern zurückzahlen. «Nun zeigt sich aber, dass die sich immer stärker ausbreitende Teilzeitarbeit und



Gaudenz Zemp
Direktor des Luzerner
Gewerbebands

die längeren Erwerbsunterbrüche bei sehr gut ausgebildeten Fachkräften diesen Gesellschaftsvertrag ins Wanken bringen», halten die Experten fest.

Diese Entwicklung habe zur Folge, dass Personen mit tertiärer Ausbildung und reduziertem Erwerbspensum den Fachkräftemangel verschärfen. Ausserdem führe sie dazu, dass die Bildungskosten vermehrt von jenen Personen zu tragen seien, die nicht in den Genuss tertiärer Bildung gekommen seien. «Es kommt zu einer Umverteilung von unten nach oben», stellen Wolter und Wunsch fest.

Eigentlich ist es erstaunlich, dass die Idee der nachgelagerten Studiengebühren noch nicht von einer Politikerin oder einem Politiker auf dem nationalen Parkett aufgenommen wurde. Allerdings ist auch nicht überraschend, dass ausgerechnet Gaudenz Zemp den Vorschlag zur Linderung des Fachkräftemangels aufgreift. Wohl kein anderer Direktor eines kantonalen Gewerbebands ist so gut mit der Hochschulwelt vernetzt wie der 59-jährige Luzerner.

Aufgewachsen ist der in St. Niklausen wohnhafte Zemp «in einem klassischen Lehrerverband», wie er sagt. Nach dem Studium der Germanistik und der Kommunikationswissenschaften an der Universität Zürich war er 20 Jahre lang in leitenden Funktionen im Bereich Marketing und Kommunikation tätig, davon 10 Jahre als Agenturhhaber.

Von 2008 bis 2014 kehrte er vorübergehend in die akademische Welt zurück, nämlich als Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter Marketing und Kommunikation der Hochschule Luzern. Seit April 2014 ist er Direktor des Gewerbebands des Kantons Luzern. Ein Jahr später wurde er als Vertreter der FDP in den Kantonsrat gewählt, wo er sich stark mit der Bildungspolitik beschäftigt.

Die Brücken zur akademischen Welt hat Zemp jedoch nie abgebrochen. So sitzt er im Beirat von zwei Teilschulen

der Hochschule Luzern HSLU und ist Präsident der Zentralschweizer Bildungsmesse. Ausserdem ist er Mitglied des Vorstands des Universitätsvereins Luzern. «Ich habe Rektor Bruno Staffelbach nur unter der Bedingung zugesagt, dass ich der unangenehme Sand im akademischen Betrieb sein darf», skizziert er seine Rolle in diesem Gremium. «Meistens bin ich der Einzige, der an den Vorstandssitzungen Fundamentalopposition macht.» Wenn es etwa um die Schaffung neuer Fakultäten gehe.

Sorge um die Volksschule

Immer wieder tritt Zemp mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit, die bei den Vertretern von Gymnasien und Hochschulen für rote Köpfe sorgen. So forderte er, dass die relativ hohe Gymiquote in der Stadt Luzern gesenkt werden solle. Gemäss Zemp sollte das Gymnasium nur von jenen rund 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler besucht werden, die eine akademische Karriere anpeilen. Andernfalls sei der Weg über die Berufslehre vorzuziehen. «Wenn immer mehr Jugendliche das Langzeitgymnasium machen, unterwandert das langfristig die Volksschule. Das ist ein Teufelskreis», befürchtet er.

Ebenfalls in ein Wespennest stach der Gewerbebandsdirektor, als er

in einem politischen Vorstoss die Frage stellte, ob es an den Pädagogischen Hochschulen der Schweiz tatsächlich einen Forschungsanteil von mindestens 20 Prozent des jeweiligen Budgets brauche, wie dies Swissuniversities anstrebe.

«Ich frage mich, ob es die zahlreichen Forschungsarbeiten wirklich braucht, die dann irgendwo unbeachtet in einer Schublade verstauben», erklärt Zemp. «Stattdessen würde man das Geld besser an der Basis, also bei den Lehrpersonen an der Volksschul-Front investieren. Dieser Bildungsbereich bereitet mir zunehmend Sorgen.» Die Volksschule ächze unter den Integrations-, Inklusions- und Individualisierungsaufträgen.

Wenn es nicht gelinge, die Finanzströme im Bildungswesen anders zu verteilen und die Volksschule zulasten der Gymnasien und Hochschulen besser auszustatten, werde sich der Fachkräftemangel noch zuspitzen, ist Zemp überzeugt. Die nachgelagerten Studiengebühren seien ein möglicher Ansatz auf diesem Weg. «Mir ist bewusst, dass es undenkbar ist, wenn man Mittel zurückführen muss. Für die Betroffenen und die Politik ist es natürlich schöner, wenn man Geld für die Unterstützung von Studierenden ausgeben kann», sagt Gaudenz Zemp. Doch um angenehme Botschaften zu verbreiten, ist er nicht in die Politik gegangen.